

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 pbbn d

Inhalt

Ulrich Lang MdL, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender von Baden-Württemberg, legt die Absichten von Arbeitgeberverbänden und Rechtskräften bloß: Mit dem Kampf gegen die 35-Stunden-Woche sollen die Gewerkschaften niedergeworfen werden.

Seite 1

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, kommentiert die Vorruhestandsregelung der Bundesregierung: Eine Bankrotterklärung Blüms.

Seite 3

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages, bewertet die Genscher-Reise nach Ankara: Eine Mission ohne Erfolg.

Seite 4

Professor Dr. Nils Diederich MdB verlangt ein Ehrengrab für Erich Mühsam in Berlin: Ein Anliegen der deutschen Kulturnation.

Seite 5

Dokumentation

Katharina Focke MdEP, SPD-Spitzenkandidatin zu den Europa-Wahlen, stellte in Luxemburg das Wahlmanifest der europäischen Sozialisten vor. Wir dokumentieren Auszüge aus ihrer Rede.

Seite 6

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

39. Jahrgang / 49

9. März 1984

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche - nur ein Vorwand

Den Gewerkschaften soll das Genick gebrochen werden

Von Ulrich Lang MdL

SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender von Baden-Württemberg

In diesen Monaten tobt in Deutschland unter dem Deckmantel der 35-Stunden-Woche eine große gesellschaftspolitische Auseinandersetzung. Angestiftet vom Bundeskanzler höchst persönlich, der die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als "absurd, dumm und töricht" qualifizierte, hauen die Konservativen in Deutschland auf den Gewerkschaften herum. Die Kritik an der Forderung der IG Metall ist aber nur Mittel zum Zweck: eigentlich wollen die Spitzenfunktionäre der Arbeitgeberverbände und ihre politischen Hilfstruppen in CDU und FDP die Gewerkschaften insgesamt entscheidend zurückwerfen. Sie wollen die größte Massenarbeitslosigkeit seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland zur Einschüchterung der Gewerkschaften nutzen. Sie erhoffen sich damit einen entscheidenden Durchbruch bei der Verteilungs- und bei der Gesellschaftspolitik gegen die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sollen in den Streik getrieben werden.

Die politische Kampagne gegen die Gewerkschaften wird mit Argumenten zur 35-Stunden-Woche nur kostümiert. Wer die von CDU und FDP entfachte Pogromstimmung gegen die 35-Stunden-Woche genau beobachtet, fühlt sich an die Pläne von Stoiber und anderen aus dem C-Lager erinnert, mit denen noch vor Jahr und Tag die deutsche Einheitsgewerkschaft gespalten und zerschlagen werden sollte. Jetzt versucht man, dasselbe Ziel in einer Tarifaueinandersetzung zu erreichen.

Es ist ein plummes Ablenkungsmanöver, wenn die Arbeitgeberfunktionäre und ihre Freunde aus CDU und FDP so tun, als wäre die Einstiegsposition der IG Metall auch die letzte gewerkschaftliche Kompromißlösung. Dieses widerspricht jeglicher Tarifpraxis gerade auch in der Metallbranche in

Vertriebsstelle
an allen öffentlichen
Kassenstellen



den letzten 30 Jahren. Die Gewerkschaften haben bereits Verhandlungsbereitschaft gezeigt. Jetzt darf es keine Tabus mehr geben. Wenn die Arbeitgeber die Gewerkschaften nicht aus gesellschaftspolitischen Gründen in den Streik ziehen wollen, dann müßten sie jetzt ihren Tabukatalog vom Tisch nehmen und ernsthafte Verhandlungen aufnehmen.

Ich möchte deshalb davor warnen, die Gewerkschaften in einer politischen Stellvertreterauseinandersetzung abzustempeln und aus der Gesellschaft zu drängen. Die deutsche Demokratie kann stolz auf ihre Gewerkschaftsbewegung sein. Im internationalen Vergleich gilt das Gütesiegel "Made in Germany" nicht zuletzt für die deutschen Gewerkschaften. Wir brauchen auch in Zukunft selbstbewußte Gewerkschaften. Auch diejenigen, die die 35-Stunden-Woche als eine der möglichen Formen der Arbeitszeitverkürzung ablehnen, müssen doch anerkennen, daß im Gegensatz zu der Tunix-Regierung in Bonn die Gewerkschaften alle Kraft mobilisieren, um mit einer Arbeitszeitverkürzung den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Die Gewerkschaften könnten sich in dieser historischen Phase mit der höchsten Massenarbeitslosigkeit auch auf ihre Lohn- und Einkommensfunktion zurückziehen. Sie tun dieses ganz offenbar bewußt nicht. Sie wollen durch die Arbeitszeitverkürzung nicht nur die gefährdeten Arbeitsplätze ihrer Kollegen sichern. Sie wollen dadurch auch einen Solidarbeitrag für diejenigen Erwerbstätigen leisten, die gegenwärtig ohne Arbeit sind.

Gerade wenn man, wie ich, für eine "gemischte Strategie der Arbeitszeitverkürzung" eintritt, um damit den unterschiedlichen Strukturen unserer Wirtschaft gerecht werden zu können, darf man nicht zusehen, daß die Gewerkschaften als gesellschaftliches Gegengewicht ausgehebelt werden. Es ist höchste Zeit, daß es alle begreifen: Es gibt manche, die mit ihrer Anti-35-Stunden-Woche-Kampagne den deutschen Gewerkschaften das Genick brechen wollen. Die Arbeitgeberfunktionäre und ihre Hilfstruppen in CDU und FDP sind erst an die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung herangegangen und jetzt gehen sie an die Gewerkschaften. Wir Sozialdemokraten werden dieser Kampagne nicht tatenlos zusehen dürfen.

(-/9.3.1984/ks/rs)

+ + +



Eine Bankrotterklärung Blüms

Die Änderungsbeschlüsse zum Vorruhestandsgeld sind unzureichend

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die zuständigen Minister im Kabinett Kohl haben gemeinsam beschlossen, die Altersgrenze in ihrem Vorruhestandsgeldgesetz nun doch auf 58 Jahre zu senken. Dies ist zunächst ein begrüßenswerter Schritt, kommt man doch den Forderungen von SPD und Gewerkschaften nach einem attraktiven, beschäftigungswirksamen Vorruhestandsmodell einen Schritt entgegen.

Aber dieser Beschluß ist auch noch etwas anderes: Er ist das Eingeständnis, daß der bisherige Vorschlag mit der 59er Grenze ein absoluter Schlag ins Wasser war. Blüm nimmt damit sein großspuriges Gerede von der überlegenen Alternative zur 35-Stunden-Woche im Grunde selbst kleinlaut zurück. Dabei war ihm schon vor Monaten vorgerechnet worden, daß mit der 59er Grenze die Zahl der potentiellen Vorruheständler bei weitem zu gering ist, um nennenswerte beschäftigungspolitische Wirkungen haben zu können. Selbst dem Bundesrat und Blüms ansonsten wenig sozial gesinntem Parteifreund George war diese Regelung zu unattraktiv, so daß sie die Senkung der Altersgrenze forderten.

Und noch eins macht dieser Beschluß deutlich: Trotz aller Beschwörungen sämtlicher Regierungspolitiker, die Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung finde keine Unterstützung, wird das gesellschaftliche Klima für die 35-Stunden-Woche immer besser, so daß das von der Regierung als "Verhinderungsinstrument" gedachte Vorruhestandsmodell aufgebessert werden muß. Dabei muß aber immer wieder betont werden, daß sich Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzung nicht gegenseitig ausschließen, daß dieser regierungsamtlich angebotene Kuhhandel - Vorruhestandsgeld statt 35-Stunden-Woche - inakzeptabel ist.

Dennoch wird auch der jetzt gemachte Schritt hin zur Altersgrenze von 58 Jahren ohne Wirkung bleiben. Mit der gleichzeitigen Reduzierung des staatlichen Zuschusses von 40 Prozent - was schon viel zu wenig war - auf 35 Prozent wird der mögliche Verbesserungseffekt gleich wieder zunichte gemacht, verliert das Blümsche "Modell" noch mehr an Attraktivität. Damit daraus ein wirklich akzeptables, für viele ältere Arbeitnehmer finanziell ausreichendes Modell würde, wäre (entsprechend dem SPD-Gesetzentwurf) eine Anhebung des Vorruhestandsgeldes auf 75 Prozent des letzten Nettoarbeitsentgelts, sowie eine drastische Erhöhung des Staatszuschusses auf zwei Drittel dieses Betrages erforderlich. Solange die Regierungsparteien sich in diesen Punkten nicht bewegen, werden sie auch bei allen Gewerkschaften auf Granit beißen.

Trotzdem: eine gute Seite hat der neue Beschluß der drei Minister - deutlicher konnte das Eingeständnis des Scheiterns des bisherigen Konzepts kaum ausfallen.
(-/9.3.1984/ks/rs)

+ + +



Eine Mission ohne Erfolg

Anmerkungen zur Genscher-Reise nach Ankara

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die Reise von Bundesaußenminister Genscher nach Ankara und seine Gespräche mit der türkischen Regierung hat weder in der Frage der vollen Verwirklichung der Menschenrechte noch in Bezug auf das Problem der Auswirkungen des Assoziierungsabkommens zwischen der Türkei und der EG ab 1986 erkennbare und substantielle Ergebnisse gebracht.

Diesen Mißerfolg seiner Mission hat sich der Bundesaußenminister allerdings selbst zuzuschreiben. Im Unterschied zu anderen führenden europäischen Politikern hat Genscher die politische Entwicklung in der Türkei in Bezug auf die Menschenrechte und auf die Wiederherstellung der Demokratie stets zu optimistisch beurteilt. Denn auch heute noch ist weder ein nach demokratischen Gesichtspunkten befriedigendes Parteiengesetz noch eine entsprechende Gewerkschafts- und Pressegesetzgebung verabschiedet worden.

Die Lage der politischen Gefangenen, besonders in den Militärgefängnissen, zeigt überdeutlich, wie weit die Türkei auch heute noch von der Verwirklichung der Menschenrechte entfernt ist. Wenn Bundesaußenminister Genscher darauf spekuliert haben sollte, durch Zurückhaltung in der Menschenrechtsfrage Zugeständnisse der türkischen Regierung in der Frage der Auswirkungen des Assoziierungsabkommens zwischen der Türkei und der EG ab 1986 zu erzielen, dann ist eine solche Strategie ein Fehlschlag gewesen.

Indem Bundesaußenminister Genscher - vor und nach den Wahlen im November vergangenen Jahres - darauf verzichtet hat, die vom Bundestag 1981 gemeinsam erhobenen Bedingungen und Erwartungen entschieden genug gegenüber den türkischen Regierungen zu vertreten, und in den letzten Jahren immer wieder Hilfen und Unterstützung zugesagt hat, hat er sich selbst eine entsprechende Verhandlungsposition genommen.

Das aktuelle Thema zeigt es: In der zentralen Frage seiner Gespräche - dem Zuzug von Türken in die Bundesrepublik nach dem Beginn der Freizügigkeit im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der Türkei und der EG ab Ende 1986 - hat Genscher lediglich eine Bestätigung der Formel vom November 1982 erreichen können, in der es heißt, daß die Frage der Freizügigkeit den wirtschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik angepaßt werden soll. Ob die Bundesregierung allerdings damit ihr selbstgestecktes Ziel erreicht, ist mehr als fraglich. (-/9.3.1984/ks/rs)

+ + +



Berlin verweigert Mühsam das Ehrengrab

Die Ehrung des bedeutenden Schriftstellers und Antifaschisten ist jedoch Anliegen der gesamten deutschen Kulturnation

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB

Der Berliner Senat hat seine Absicht bekundet, weitere Ehrengrabstellen einzurichten. Dabei ist enttäuschend, daß der Berliner Senat im 50. Todesjahr des deutschen Schriftstellers Erich Mühsam wieder nicht bereit ist, diesem bedeutenden Schriftsteller und Antifaschisten eine Ehrengrabstelle einzuräumen. Unter den jetzt bekanntgegebenen 39 Namen befinden sich wenige Persönlichkeiten, die eine ähnliche gesellschaftliche und politische Bedeutung im Kampf gegen den Faschismus und für die Demokratie erlangt haben wie Erich Mühsam.

Stattdessen befindet sich in der Liste etwa der preußische Minister August Freiherr von der Heydt, dessen besondere Bedeutung vor allem darin liegt, daß er Bismarck den von Preußen vom Zaun gebrochenen Krieg gegen Österreich von 1866 finanziert hat.

Der Berliner Senat sollte bedenken, daß die Verantwortung für die letzte Ruhestätte von Erich Mühsam, diesem mutigen Mann, nicht nur eine Angelegenheit der Berliner Verwaltung, sondern der gesamten deutschen Kulturnation ist.

Der Senat sollte daher umgehend seine Entscheidung überprüfen und das Grab von Erich Mühsam in die Liste der Ehrengrabstellen aufnehmen. (-/9.3.1984/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Die Spitzenkandidatin der SPD für die Europawahl 1984, Dr. Katharina Focke MdEP, erläuterte anlässlich des XIII. Kongresses des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft am Donnerstagnachmittag in Luxemburg das gemeinsame Manifest für die Europa-Wahlen. Wir dokumentieren Auszüge aus ihrer Rede.

Die EG muß sich von den Vorstellungen ihrer Väter emanzipieren

Seit 1979 kämpfen Sozialisten und Sozialdemokraten aus neun und dann aus zehn Gemeinschaftsländern geeint in der Sozialistischen Fraktion des direkt gewählten Europäischen Parlaments für eine Reform der Gemeinschaft, gegen ein Europa des Kapitals und der transnationalen Unternehmen. So wie es der Auftrag dieses Kongresses vor fünf Jahren war.

In der gemeinsamen parlamentarischen Arbeit, Woche für Woche, im wachsenden Verstehen und Aufeinanderzugehen, im Suchen nach Kompromissen, wo es aufgrund besonderer nationaler Gegebenheiten unterschiedliche Auffassungen gab oder gibt, in der Konfrontation mit dem politischen Gegner, hat diese Sozialistische Fraktion mehr integrative Kraft entwickelt, hat sie mehr an zukunftsweisender europäischer Politik formuliert, als alle Treffen von sogenannten europäischen Experten, von Ministern oder gar Regierungschefs - auch als alle Kongresse und Zusammenkünfte unserer Parteien.

Ich weiß, dies mag für manche von Euch provozierend klingen. Und ich sage dies auch nicht in Geringschätzung der notwendigen direkten Zusammenarbeit unserer Parteien. Aber dank der Kraft dieser Sozialistischen Fraktion konnte die Europaheuchelei konservativer Politiker entlarvt werden, konnte für die Menschen in unseren Ländern konkrete Hilfe durchgesetzt werden, konnte der Weg gewiesen werden, wie Sozialisten sich ein demokratisches, menschenwürdiges und sozial gerechtes Europa vorstellen.

Wir haben erhöhte Mittel durchgesetzt zur sozialen Absicherung von Arbeitnehmern in der Stahlindustrie. Wir haben es geschafft, daß mehr Geld für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aus dem Sozialfonds zur Verfügung steht. Wir haben dem Umweltschutz und der Gleichberechtigung der Frau wachsende Bedeutung in der EG verschafft. Und wir haben immer wieder auf Umverteilungen im Haushalt gedrängt, um unsere sozialistischen Prioritäten deutlich zu machen.

Die Sozialistische Fraktion ist das parlamentarische Instrument für gemeinsames politisches Handeln unserer Parteien. Seit der ersten Direktwahl hat sie im Europäischen Parlament Ideen und Strategien zur Überwindung der drängenden Probleme der industriellen Gesellschaft entwickelt und sich dort in der Auseinandersetzung mit den Konservativen zum Anwalt der Interessen der Menschen und ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa gemacht.

Die Sozialistische Fraktion hat gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund den Kampf um mehr Arbeitnehmerrechte in multinationalen Konzernen geführt. Macht die Vredeling-Richtlinie nicht zu schlecht: Der Zorn der Unternehmer über sie beweist: Sie ist weit besser als gar nichts! Sozialisten haben auf der von ihr durchgesetzten Beschäftigungsundersitzung ein umfassendes Konzept für eine europäische Industrie- und Beschäftigungspolitik vorgelegt. Sie haben nach dem Dioxyn-Skandal die Einsetzung eines Umwelt-Untersuchungsausschusses erreicht und gegen die Untätigkeit des Ministerrats in der Verkehrspolitik eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben. Sozialisten haben zur Krise in der Stahlindustrie gemeinsame Vorschläge gemacht.



Die europäischen Anstöße zur entschiedenen Verkürzung und Umverteilung der Arbeitszeit stammen von Sozialisten. Sie haben ein eigenes Energieprogramm verabschiedet und zur Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft unter der Federführung von Gérard Jacquet ein umfangreiches Aktionsprogramm vorgelegt. Ohne sie gäbe es vom Europäischen Parlament keinen Bericht, keine Forderungen zur Gleichstellung der Frauen.

Wenn unsere Parteien jetzt hier in Luxemburg ein gemeinsames Manifest für die 2. Europa-Wahlen vorlegen - was uns vor fünf Jahren, blicken wir selbstkritisch zurück, ja nicht gelungen ist - so ist dies auch das Verdienst gemeinsamer politischer Arbeit und der Erfahrungen miteinander in der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments.

Unser Manifest hat eine solide Grundlage. Es beruht auf Fakten, die wir bereits geschaffen haben. Und ich hätte mir gewünscht, daß dies auch in Manifest deutlicher zum Ausdruck gekommen wäre. Dies sage ich vor allem mit Blick auf die noch vor uns liegenden Wochen des Wahlkampfes und für die Zeit nach dem 17. Juni. Denn wir brauchen die gesamte Schubkraft aller sozialistischen Kräfte in der EG, damit unsere gemeinsamen politischen Ziele auch politische Realität werden.

Deshalb: nutzen wir die integrative Kraft der Sozialistischen Fraktion, nutzen wir ihre Beziehungen zu den nationalen Parteien und Parlamentsfraktionen. Nutzen wir die Beziehungen der Fraktion zu den sozialistischen Kommissaren im Berlaymont und koordinieren wir unsere Anstrengungen mit jenen Regierungen, in denen Sozialisten das Sagen haben. Das gilt natürlich ganz besonders für die derzeitige französische Präsidentschaft, auf der angesichts der schweren Krise der EG eine große Verantwortung lastet, in die wir aber auch unsere ganzen Hoffnungen setzen, daß über die notwendigen Reparaturarbeiten hinaus das gestrandete Schiff "EG" wieder freie Gewässer erreicht und einen Kompaß an Bord hat!

Wir haben im Europäischen Parlament deutlich gemacht und unser Manifest macht deutlich: Die Europäische Gemeinschaft muß sich von den Vorstellungen ihrer Väter emanzipieren, was den Konservativen aller Schattierungen zugegebenermaßen äußerst schwer fällt. Markt allein ist kein Konzept, Wachstum allein schafft noch keine Arbeitsplätze. Und Wirtschaftspolitik in unserer Zeit ist mehr als Binnenmarkt und Zöllnerei. Nur: dieses Mehr heißt eben nicht, wie Herr Kohl und Frau Thatcher wollen, Monetarismus und Sozialabbau, sondern sozialgesteuerte Innovation, Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt, Arbeitszeitverkürzung und Wirtschaftsdemokratie. Unsere EG ist die der Völker, der Menschen, der Arbeitnehmer. Ihre ist die der Bosse, der Multis, der Großagrarprofiteure und Kapitalspekulanten. Laßt uns gegen diese europapolitischen Bankrotteure und Sonntagsreden-Verführer gemeinsam angehen und machen wir deutlich: Wir Sozialisten verfügen über die Kraft zu perspektivischem Handeln.

Unsere Aufgabe Nr. 1 ist die gemeinsame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Wir bekräftigen in unserem Manifest die Forderung der Sozialistischen Fraktion nach einem europäischen Beschäftigungspakt, der lokale, regionale, nationale und europäische Anstrengungen miteinander verbindet. Der abzielt auf die Entwicklung einer sozial- und umweltverträglichen Wachstumsstrategie, die Wirtschafts- und Umweltkriterien miteinander verbindet, und die Ausrichtung von privaten und öffentlichen Investitionen auf ein solches qualitatives Wachstum bewirkt. Die Beschäftigungsmöglichkeiten in allen Regionen der Gemeinschaft eröffnet. Der gezielte Programme beinhaltet für besonders benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt, Jugendliche, Frauen, ausländische Arbeitnehmer und Behinderte. Und der Raum gibt für verstärkte Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte der Arbeitnehmer an den sie betreffenden Unternehmensentscheidungen. Dazu gehört eine Verkürzung der Arbeitszeit auf allen Ebenen, wie sie auch von der EG-Kommission empfohlen wird, und dies schließt auch die Einführung der 35-Stunden-Woche ein, für die wir im Europäischen Parlament vor wenigen Wochen einen Mehrheitsbeschluß durchgesetzt haben.



Unsere Aufgabe Nr. 2 ist die dafür notwendige gemeinsame Gestaltung des Strukturwandels

Nur so wird sich die Europäische Gemeinschaft in der Weltwirtschaft behaupten und ihre Konkurrenzfähigkeit mit den USA und Japan wiederherstellen können. Die Forschungssubventionen aller Haushalte der EG-Staaten sind in ihrer Summe doppelt so hoch wie die Japans. Aber die Gelder werden bislang im nationalen Gegeneinander und Nebeneinander vergeudet. Die Japaner machen Industriepolitik - das ist das eigentliche Geheimnis ihres Erfolges. Und wir brauchen endlich auch eine gemeinsame europäische Industrie-, Forschungs- und Technologiepolitik. An Vorschlägen mangelt es nicht. Ich erinnere an das französische Memorandum zum europäischen Industrieraum, an die Forschungs- und Technologieprogramme der EG-Kommission, insbesondere an das ESPRit-Programm für den Informatikbereich, das endlich letzte Woche im Ministerrat beschlossen wurde. Wir verdanken der französischen Präsidentschaft diesen Lichtblick am düsteren EG-Himmel und nehmen ihn als Hoffnungsschimmer für den EG-Gipfel in der kommenden Woche.

Allerdings: Unsere Vorstellung von der Zukunft der europäischen Gesellschaft bedeutet: die technologische Revolution muß genutzt werden zur Humanisierung des Arbeitslebens, zur Dezentralisierung der Produktion durch gezielte Förderung gerade auch kleiner und mittlerer Betriebe und zur Entwicklung neuer umwelt- und verbraucherfreundlicher Produkte, für die es noch einen riesigen Bedarf gibt: Bei der Energieeinsparung zum Beispiel und Nutzung alternativer Energiequellen, in der Umweltechnologie, im öffentlichen Verkehr, im Wohnungs- und Städtebau, zur Erleichterung des Alltagslebens der Menschen und zur Befriedigung von Bedürfnissen der Dritten Welt.

Wir dürfen also nicht nur einfach nachahmen und uns einem vermeintlichen Zwang des Weltmarkts anpassen, womöglich gar den technologischen Fortschritt von militärtechnischer Forschung abhängig machen, sondern wir müssen den technologischen Wandel gemäß unseren Vorstellungen gestalten. Dies unterscheidet uns von den Konservativen. Dies macht die europäische Identität aus.

Zur Absicherung dieses Strukturwandels bedarf es der Selbstbehauptung der EG im Weltmarkt und im Weltwährungssystem. Die Gemeinschaft muß ihren Beitrag leisten, um gegenzuhalten gegen wachsenden Protektionismus und die Zerrüttung der internationalen Währungsbeziehungen.

Der aufgeblähte US-Militärhaushalt belastet den dortigen Kapitalmarkt. Das treibt die Zinsen hoch. Und dies wiederum zieht aus Europa Anlagekapital ab, das wir so dringend für Investitionen und den Abbau der Arbeitslosigkeit brauchen. Hinzu kommt der chronisch überbewertete Dollar und die Zunahme protektionistischer Maßnahmen der USA. Was uns "nur" belastet, treibt viele Länder der Dritten Welt in ausweglose Verschuldung und finanziellen Ruin. Um gegen die rücksichtslose Wirtschafts- und Währungspolitik der USA gegenhalten zu können, bedarf es mehr als unverbindlicher Communiqués auf Weltwirtschaftsgipfeln.

Nur durch die gemeinsame Verhandlungsmacht der Europäischen Gemeinschaft können die europäischen Wirtschafts- und Handelsinteressen verteidigt, kann eine Entlastung der Entwicklungsländer erreicht, kann der Osthandel ausgebaut (statt boykottiert) werden. Unser erfolgreicher Widerstand gegen das amerikanische Erdgas-Röhren-Embargo hat doch gezeigt: gemeinsam ist Europa stark.

Aber auch die EG-Staaten selbst müssen ihr Haus in Ordnung bringen, insbesondere ihren Agrarmarkt. Sie dürfen ihrerseits protektionistischen Neigungen nicht nachgeben. Sie müssen die Grenzkontrollen für Personen und Waren im Binnenraum abschaffen. Sie müssen das Europäische Währungssystem weiterentwickeln, wie dies die SPD-Opposition in Bonn und die französische Regierung anregen. Die europäischen Devisenreserven müssen zusammengelegt, ein wirksamer europäischer Währungsfonds muß geschaffen und die Europäische Rechnungseinheit zu einer echten Reservewährung ausgestaltet werden in der Perspektive eines neuen Weltwährungssystems, in dem Dollar, Yen und ECU kontrolliert gegeneinander floaten.

(-/9.3.1984/Ks/rs)

+ + +

